



Mit den E-Books verschwimmen die Grenzen: eine Buchhandlung in Kiew mit Büchern zum Download.

GLEB GARANICH / REUTERS

Steuerliche Hürden im Internet

Tücken bei der Mehrwertsteuer auf elektronischen Dienstleistungen wie E-Books

Die Mehrwertsteuer auf E-Books oder Musik-Downloads stellt Firmen und Fiskus vor Herausforderungen. Im Online-Geschäft tätige KMU stossen bei der Expansion teilweise an Grenzen.

Natalie Gratwohl

Zählten vor 20 Jahren noch CD zu den Klassikern unter dem Weihnachtsbaum, freuten sich in diesem Jahr viele über Tablets, MP3-Player oder E-Book-Reader. Auch das Einkaufsverhalten hat sich stark verändert. 2013 haben bereits knapp 40% der Schweizer das passende Weihnachtsgeschenk im Netz gefunden.

Schwierige Nachweispflicht

Das Geschäft im Internet entwickelt sich rasant. Das Angebot wird breiter, und die Umsätze wachsen zweistellig. Die geltenden Mehrwertsteuergesetze stammten dagegen noch aus einer Zeit, als Waren physisch gehandelt worden seien, sagt Benno Suter, Steuerexperte bei Deloitte. Sie seien darauf ausgerichtet, dass der Konsum am Wohnort des Käufers stattfindet und die abzuliefernde Mehrwertsteuer dem Lieferfluss folgend lokalisiert und durch Grenzkontrollen sichergestellt wird. Während dies bei der Online-Bestellung von Waren weiterhin möglich ist, wird es bei elektronischen Dienstleistungen wie etwa Beratungs- oder Dating-Plattformen, aber auch E-Books und Musik-Downloads sehr schnell kompliziert. Diese Art von Geschäften im Netz stellen sowohl Steuerbehörden als auch Unternehmen vor Herausforderungen. So müssen Firmen bei der Deklaration der Mehrwertsteuer (MWSt) etwa nachwei-

sen, wo der Käufer wohnhaft ist. In der Schweiz und vielen anderen Ländern ist dafür bei jeder Transaktion die Rechnung, die Kreditkarte und die IP-Adresse des Konsumenten abzugleichen. Ist das Computersystem der Firma dazu nicht in der Lage, nimmt etwa die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) an, dass es sich um einen Schweizer Kunden handelt.

Unabhängig von dieser Nachweispflicht ist es für die Unternehmen ohnehin schon mit viel administrativem Aufwand verbunden, in allen Absatzmärkten die jeweiligen Mehrwertsteuergesetze einzuhalten. Hat etwa eine Firma in einem Land keine Distributionsgesellschaft, muss ein fiskalischer Vertreter bestimmt werden. Hinzu kommt, dass die Gesetze in vielen Staaten sehr kompliziert sind. Laut Monika Molnár, Steuerexpertin bei Treureva, ist die Deklaration der MWSt in Ländern wie Belgien, Frankreich oder Italien besonders aufwendig. Im Online-Geschäft tätige KMU stehen teilweise vor der Situation, dass die mit der Abrechnung der Mehrwertsteuer verbundene Administration die Marge wegschmilzt. Laut Michaela Merz, Steuerexpertin bei PwC, verzichten deshalb KMU zum Teil auf bestimmte Absatzmärkte, weil es sich für sie nicht mehr lohnt, das Produkt im jeweiligen Land zu vertreiben.

Für die Staaten ist das Internet grundsätzlich eine Goldgrube für Umsätze, die der MWSt unterstehen. Doch bei der Durchsetzung der geltenden Gesetze stossen die Steuerbehörden an Grenzen. Viele Staaten gehen zwar rigoros gegen MWSt-Hinterziehung vor, die Verfolgung im Netz gestaltet sich jedoch schwierig. Steuerprüfer aus Kanada oder Deutschland setzen etwa Software-Programme ein, um die elektronischen Spuren im Netz zu verfolgen.

Die ESTV verwendet keine spezielle Software. Die Firmen müssen die MWSt-Abrechnungen in der Schweiz aber auch in Papierform einreichen.

Entgangene Einnahmen

Für Grossbritannien hat Greenwich Consulting geschätzt, dass dem Fiskus wegen nicht versteuerter elektronischer Dienstleistungen jährlich über 1,6 Mrd. £ an Einnahmen entgehen. Laut einer von der EU in Auftrag gegebenen Studie lagen 2011 die auf Verstösse oder Nichteinzahlung zurückzuführenden Verluste bei den Mehrwertsteuereinnahmen in den EU-Ländern bei schätzungsweise 193 Mrd. €. Während in anderen Staaten aufgrund der höheren Steuersätze die Umgehung der MWSt ein grosses Thema sei, habe man in der Schweiz keinen erhöhten MWSt-Betrug im elektronischen Geschäft festgestellt, heisst es bei der ESTV. Daher seien diesbezüglich auch keine besonderen Massnahmen eingeleitet worden.

Innerhalb der EU erbrachte elektronische Dienstleistungen wurden bisher am Standort des Service-Providers besteuert und nicht im Land des Käufers. Es erstaunt deshalb nicht, dass Online-Giganten wie Amazon ihre Provider in Luxemburg halten, wo nur eine Steuer von 3% anfällt. Dies soll sich jedoch ab 1. Januar 2015 mit Inkrafttreten einer neuen EU-Richtlinie ändern. Dann werden nicht mehr nur ausserhalb der EU erbrachte elektronische Dienstleistungen mit der MWSt im Verbraucherland belastet, sondern auch die Dienstleistungen zwischen den EU-Staaten. Die Richtlinie stimmt damit auch mit den OECD-Prinzipien überein, wonach die Besteuerung im Staat des Verbrauchs stattfinden soll. Die Schweiz wendet diese Regel seit Jahren an.

Striktere Prüfung der Zinssätze in Japan

(Reuters) · Der japanische Bankenverband JBA zieht Konsequenzen aus dem Skandal um Zinsmanipulationen. Es werde eine selbständige Behörde gegründet, die den Prozess zur Festsetzung der Zinssätze strenger überprüfen solle, kündigte die JBA am Freitag an. Der Verband ist für die Berechnung und Veröffentlichung des japanischen Referenzzinses Tibor verantwortlich. Der Tibor gilt als Referenzzins für Kreditgeschäfte in Japan. Weltweit steht die Festsetzung der Zinssätze wie Libor, Euribor und Tibor wegen Intransparenz und Manipulationen in der Kritik.

Lombard Odier im US-Programm

Der Widerstand der Genfer Banken ist am Bröckeln

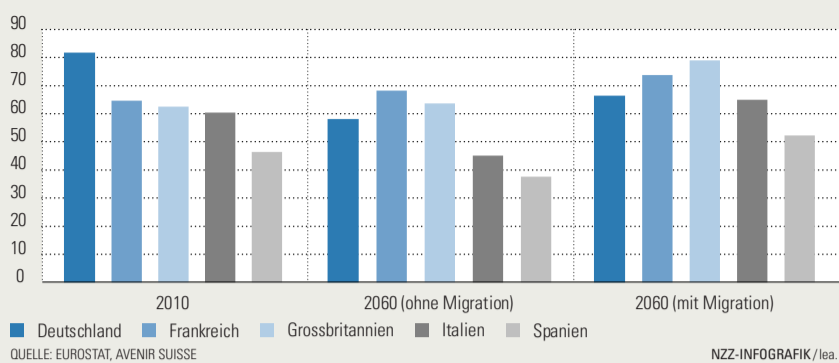
Z. B. · Bis Ende Jahr müssen die Schweizer Banken ihren Entscheid, am US-Programm in der Gruppe 2 teilnehmen zu wollen, dem amerikanischen Justizdepartement mitteilen. In diese Gruppe reiht sich nun auch die Genfer Privatbank Lombard Odier ein. US-Kunden seien nie Zielpublikum gewesen, aber der Entscheid zur Teilnahme «aus Vorsicht» gefällt worden, so die Bank, die sich einen späteren Wechsel in die Gruppe 3 vorbehält. Gruppe 2 ist für Banken vorgesehen, die auch unwissentlich gegen US-Gesetze verstossen

haben. Banken in Gruppe 3 dagegen müssen beweisen können, US-Gesetze immer eingehalten zu haben.

Eigentlich überrascht Lombard Odiers Entscheid nicht. Das Genfer Haus ist einer der grössten Schweizer Vermögensverwalter. Doch hatte sich vor allem in den Reihen der Genfer Banken grosser Widerstand gegen das US-Programm formiert. Patrick Odier, der oberste Schweizer Banker, hatte dieses zudem scharf kritisiert. Dass «seine» Bank nun teilnimmt, zeigt, dass der Widerstand der Genfer am Bröckeln ist.

Europäische Bevölkerungstektonik in Bewegung

Bevölkerung, in Mio.



DIE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE GRAFIK

Verlierer Deutschland

Geopolitische Aspekte von Migration und Wachstum

G. S.* · Die Prognosefähigkeit der Ökonomie ist eher lamentabel. Selbst in der kurzen Frist hapert es. Man schaue sich nur die verschiedensten Konjunkturprognosen an, ihre grossen Abweichungen und ihre (ungenügende) Treffsicherheit. Auf mehrere Jahrzehnte hinaus ist das Unterfangen ohnehin vermessend. Jedenfalls können Ökonomen die Zukunft noch schlechter vorhersehen als andere Wissenschaftler. Und wäre die Prognosefähigkeit das einzige oder auch nur ein zentrales Kriterium der Wissenschaftlichkeit, die Ökonomie hätte Mühe, sich zu qualifizieren. Doch viele Prognosen in den Sozialwissenschaften sagen gar nicht so sehr etwas über die Zukunft aus, sondern verdeutlichen die Gegenwart.

Renaissance Grossbritanniens

Das gilt auch für die wirtschaftspolitische Grafik des Monats Dezember, die auf Daten des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) beruht. Sie ist weniger als Prognose zu lesen denn als Aussage darüber, was bis zum Jahre 2060 passieren würde, «wenn nichts passieren würde», wenn sich also die Geburtenraten so weiterentwickelten wie bisher und wenn im einen Fall Zuwanderung unterbliebe, im anderen Fall sie im gleichen Ausmass wie bisher weiterginge. Das Ergebnis ist vor allem geopolitisch interessant: Das in den letzten Jahrzehnten in Europa bevölkerungsmässig wie wirtschaftlich dominante Deutschland fällt unter diesen Annahmen zurück auf den dritten Platz. Es wird von Frankreich und vor allem Grossbritannien überholt. Gegenüber Grossbritannien etwa wandelt sich Deutschlands Bevölkerungsvorsprung von fast 20 Mio. Einwohnern im Jahr 2010 in einen Rückstand von über 12 Mio. – unter der Annahme anhaltender Zuwanderung. Ohne Zuwanderung sind es immer noch gegen 6 Millionen.

Beim Bruttoinlandprodukt sieht es ähnlich aus. Obwohl Deutschland ein besonders wohlhabendes Land ist, vermag es den starken Rückgang der Bevölkerung einkommensseitig nicht zu kompensieren: Es fällt daher auch gesamtwirtschaftlich zurück. Resultat ist ein deutlich anderes Europa als jenes, das wir kennen – ökonomisch, demografisch, aber natürlich nicht zuletzt auch politisch. Grossbritannien würde um die Mitte des Jahrhunderts zur grössten Volkswirtschaft Europas aufsteigen, mit den meisten Arbeitskräften und dem grössten Konsumentenmarkt.

Die Basis dieser Verschiebungen ist die Schrumpfung der ansässigen Bevölkerung in vielen Ländern. In Gesamtdeutschland etwa kamen im Rekordjahr 1964 noch rund 1,35 Millionen Kinder zur Welt, heute sind es weniger als die Hälfte. Nur in wenigen europäischen Ländern würde die Bevölkerung auch ohne Zuwanderung wachsen, vor allem in Frankreich und Grossbritannien sowie in Island, Irland und Norwegen. In zahlreichen Ländern, darunter an vorderster Stelle Deutschland, aber auch Polen und Ungarn, lässt sich die Schrumpfung dagegen selbst durch zum Teil kräftige Zuwanderung nicht auffangen. Insgesamt würde die Bevölkerungszahl ganz Europas ohne Migration drastisch sinken, mit Migration immer noch beträchtlich. Klar ist also, dass Zuwanderung in vielen Ländern nicht etwa zu «Überbevölkerung» führt, sondern

lediglich den natürlichen Rückgang teilweise ausgleicht. Klar ist auch, dass die Schrumpfung überall mit einem Rückgang der Erwerbsbevölkerung (in Deutschland trotz Zuwanderung um fast einen Drittel) und mit Alterung einhergeht. Klar ist schliesslich, dass die innereuropäische Migration ein Nullsummenspiel darstellt und die Schrumpfung der Bevölkerung auf dem Kontinent insgesamt nicht aufhält. Es braucht also Zuwanderung von aussen, aus Drittländern, soll Europa dem Namen «alter Kontinent» nicht zu viel Ehre machen und soll es nicht zu abrupt bevölkerungsmässig in der Welt zu einer Quantité négligeable werden.

Schweiz auf der Überholspur

Und die Schweiz? Auch hierzulande ist die Gebärfreudigkeit zu tief, um die Bevölkerungszahl stabil zu halten – und ohne die vielen Ausländerinnen (Geburtenrate etwa 1,8) und Ausländer, die bereits in der Schweiz leben, läge die Zahl der Kinder pro Frau noch niedriger, nämlich bei durchschnittlich etwa 1,4 statt der faktischen 1,5 und der für Stabilität nötigen 2,1. Das heisst, dass das Land ohne Migration wieder auf eine 6-Millionen-Schweiz zusteuern würde. Mit Migration dagegen erscheint eine 9- oder selbst 10-Millionen-Schweiz realistisch.

Die Schweiz gehört wegen ihrer relativ starken Zuwanderung (vgl. kleine Grafik) auch zu jener knappen Hälfte der europäischen Länder, die die demografische Schrumpfung nicht nur verzögern, sondern das Steuer wirklich herumreissen und aus Bevölkerungsrückgang Bevölkerungswachstum machen. Dank der starken Migration würde die Schweiz sogar als eines von nur drei Ländern (immer gemäss den Eurostat-Zahlen) bis 2060 Plätze gutmachen und zwei heute noch leicht grössere Staaten (Ungarn und Österreich) überholen.

Geopolitisch ist das zwar ohne Bedeutung. Es zeigt aber, um auf den Anfang zurückzukommen, wo die Schweiz heute steht. Sie setzt stärker als andere auf Zuwanderung. Dahinter steht die Erkenntnis, dass eine schrumpfende und zugleich alternde Bevölkerung eine wohlstandsbedrohende, fortschrittsfeindliche und die soziale Sicherung gefährdende Perspektive wäre. Zugleich steht hinter dieser Politik aber auch die Fähigkeit, Migranten – und zwar solche mit bester Ausbildung und gefragten Fähigkeiten – überhaupt anzuziehen.

G. S. (Gerhard Schwarz) war von 1994 bis 2010 Leiter der Wirtschaftsredaktion der NZZ. Seither wirkt er als Direktor des liberalen Think-Tanks Avenir Suisse.

Wachstum durch Migration

Bevölkerungsveränderung (in %) von 2010 bis 2060

